

Fragen**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 3. November 1999****Verzeichnis der Fragenden**

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aigner, Ilse (CDU/CSU)	19, 20	Dr. Laufs, Paul (CDU/CSU)	1, 2
Dr. Bartels, Hans-Peter (SPD)	36, 37	Lensing, Werner (CDU/CSU)	41
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine (CDU/CSU)	7, 8	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	42, 43
Börnßen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU) .	12, 40	Ostrowski, Christine (PDS)	34, 35
Flach, Ulrike (F.D.P.)	11	Pieper, Cornelia (F.D.P.)	25
Geis, Norbert (CDU/CSU)	4	Polenz, Ruprecht (CDU/CSU)	32, 33
Girisch, Georg (CDU/CSU)	13, 14	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	9, 10
Hauser, Hansgeorg (Rednitzhembach) (CDU/CSU)	30, 31	Siemann, Werner (CDU/CSU)	44, 45
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	15, 16	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	5, 6
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	26, 27	Dr. Solms, Hermann Otto (F.D.P.)	28, 29
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	3, 38	Dr. Stadler, Max (F.D.P.)	17, 18
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	23, 24	Wolf, Aribert (CDU/CSU)	21, 22
		Zöller, Wolfgang (CDU/CSU)	39

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	11

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU) Wie ist der aktuelle Stand der Genehmigungsverfahren für Glaskokillentransporte aus dem Ausland sowie für Transporte von abgebrannten Brennelementen ins Ausland zur Wiederaufarbeitung?

2. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen in Transportbehältern am Kraftwerkstandort, und wie ist der aktuelle Stand der Genehmigungsverfahren für innerdeutsche Atomtransporte zu Zwischenlagern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und
Forschung**

3. Abgeordnete
**Gudrun
Kopp**
(F.D.P.) Trifft es zu, dass mehr als die Hälfte der öffentlich finanzierten außerbetrieblichen Lehrstellen an Jugendliche mit mittlerem oder höherem Schulabschluss – also nicht an die eigentlich bildungsschwache Zielgruppe – vergeben werden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts

4. Abgeordneter
**Norbert
Geis**
(CDU/CSU) Trifft es zu, dass die Sitzungen des Bundessicherheitsrates, wie zum Beispiel auch die, in der über den Export eines Panzers Leopard 2 in die Türkei entschieden wurde, geheim bzw. streng geheim sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

5. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU) Welche konkreten Einzelwerbemaßnahmen in welchen deutschen Großstädten führt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Werbeaktion betreffend das neue Staatsangehörigkeitsrecht durch?
6. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU) Wie hoch sind in den einzelnen Städten für die einzelnen Werbemaßnahmen die jeweiligen Kosten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

7. Abgeordnete
**Dr. Sabine
Bergmann-Pohl**
(CDU/CSU) Ist es richtig, dass der Deutsche Bundestag entsprechend einer Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses 1998 das Bundesministerium für Gesundheit aufgefordert hat, gesetzliche Regelungen dahin gehend zu treffen, dass allen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung während des Erziehungsurlaubs eine beitragsfreie Familienversicherung gewährt wird?
8. Abgeordnete
**Dr. Sabine
Bergmann-Pohl**
(CDU/CSU) Wenn ja, warum wurde bei der Gesundheitsreform oder bei anderer Gelegenheit diesem Votum des Petitionsausschusses nicht gefolgt?
9. Abgeordneter
**Dietmar
Schlee**
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die mit der Novellierung des Betäubungsmittelgesetzes angestrebte Einrichtung von sog. „Fixerstuben“ zu unauflösbaren Konfliktsituationen mit dem polizeilichen Auftrag führt, Gefahren abzuwehren und Straftaten zu verfolgen und welche Handlungsanleitung kann nach Meinung der Bundesregierung der Polizei gegeben werden, die nach ihrem gesetzlichen Auftrag verpflichtet ist, im Umfeld der sog. „Fixerstuben“ Straftaten zu verhindern und zu verfolgen, andererseits aber künftig offensichtlich dulden soll, dass Konsumenten, die illegal erworbenes Heroin mit sich führen, unbehelligt zu diesen Drogenkonsumräumen gelangen?

10. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass mit einer solchen Verfahrensweise gleichzeitig der erste Schritt zu einer Freigabe von harten Drogen zum Eigenverbrauch getan wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

11. Abgeordnete
Ulrike Flach
(F.D.P.)
- Zu welchen Streichungen bzw. Bauverzögerungen beim Ausbau des Kölner Rings wird es durch die Kürzungen bei der Bundesfernstraßenplanung kommen und wann ist mit einer definitiven Entscheidung über den Bau zu rechnen?
12. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung, abgesehen von der Vertragsverlängerung für den einzigen deutschen Hochseeschlepper „Oceanic“, in den vergangenen zwölf Monaten unternommen, um bereits in diesem Herbst eine weitere ökologische Katastrophe in der deutschen Bucht, wie die der „Pallas“, die vor genau einem Jahr vor Amrum havariert war, wirksam zu verhindern, und welche Folgerungen zieht sie aus Presseberichten dieser Tage, unter anderem im „Flensburger Tageblatt“ und im „Nordschleswiger“, die übereinstimmend zum Ergebnis kommen, bezüglich eines verbesserten Küstenschutzes sei in Deutschland – im Gegensatz zum Königreich Dänemark – seit der Übernahme der Regierungsverantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder „nichts Wesentliches passiert“?
13. Abgeordneter
Georg Girisch
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Ausdünnung des Zugangebots der Deutsche Bahn AG mit Einführung des neuen Fahrplans von derzeit täglich 7 auf lediglich 4 Verbindungen pro Tag auf der Interregio-Strecke München–Regensburg–Schwandorf–Weiden–Hof–Leipzig als „deutliche Verringerung der Kapazität dieser Strecke“ im Sinne des § 11 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes an mit der Folge, dass ein entsprechender Antrag beim Eisenbahnbundesamt gestellt werden müsste?

14. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)
- Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung zutreffend, dass die Deutsche Bahn AG einen Rückbau der zweigleisigen Schienenstrecke Hof–Weiden–Schwandorf–Regensburg auf lediglich ein Gleis beabsichtigt und liegt dem Eisenbahnbundesamt ein entsprechender Stilllegungsantrag vor?
15. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Welche Überlegungen bestehen, um die schienenverkehrsmäßige Anbindung des ost- und südbayerischen Raumes durch die Strecke München–Furth i.W.–Prag im Hinblick auf die wachsenden Verflechtungen dieser Region mit der Tschechischen Republik weiter zu verbessern und dadurch den Anforderungen der Zukunft gerecht zu machen?
16. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Welches Verkehrskonzept verfolgt die Bundesregierung in Hinblick auf den Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs gegenüber dem Autoverkehr für den ostbayerischen Raum, und wäre die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bereit, das besonders innovative, so genannte „Flügelkonzept“ als Modellvorhaben finanziell zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

17. Abgeordneter
**Dr. Max
Stadler**
(F.D.P.)
- Ist es juristisch möglich, den bei den Verhandlungen über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern angestrebten Rechtsschutz („statement of interest“) für deutsche Unternehmen in den USA vor weiteren Entschädigungsklagen, insbesondere Sammelklagen, so auszugestalten, dass nur diejenigen Unternehmen diesen Rechtsschutz erlangen, die sich in angemessener Weise an der Stiftungsinitiative der deutschen Industrie beteiligen?
18. Abgeordneter
**Dr. Max
Stadler**
(F.D.P.)
- Wenn ja, hält es die Bundesregierung dann für sinnvoll, bei den weiteren Verhandlungen auf eine so ausgestaltete Regelung hinzuwirken, damit möglichst viele betroffene Unternehmen einen Anreiz finden, sich der Stiftungsinitiative anzuschließen?

19. Abgeordnete
**Ilse
Aigner**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung im Sinne der von ihr immer beanspruchten Kontinuität in der Außenpolitik an der berechtigten und bewährten Haltung fest, Präsentationen der sog. „Wehrmachtsausstellung“ im Ausland auf keine wie auch immer geartete Weise zu unterstützen und zu fördern?
20. Abgeordnete
**Ilse
Aigner**
(CDU/CSU)
- Wenn nein, hat die Bundesregierung die Absicht, die umstrittene Wehrmachtsausstellung indirekt finanziell zu fördern, vor allem dadurch, dass kulturelle Mittler-Organisationen, wie beispielsweise das Goethe-Institut im Ausland, begleitende Kolloquien zur Ausstellung veranstalten?
21. Abgeordneter
**Aribert
Wolf**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass bei Präsentationen der Wehrmachtsausstellung, beispielsweise in den USA durch die Teilnahme offizieller Vertreter aus dem Auswärtigen Amt oder dem diplomatischen Dienst bei Eröffnungsveranstaltungen oder ähnlichen Anlässen, der Ausstellung ein offiziöser Anstrich gegeben wird?
22. Abgeordneter
**Aribert
Wolf**
(CDU/CSU)
- Wenn nein, ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das Deutschlandbild im Ausland durch die Wehrmachtsausstellung positiv beeinflusst wird, nachdem zu den Aufgaben der kulturellen Mittelorganisationen ebenso wie zu denjenigen unserer diplomatischen und konsularischen Vertretungen auch die Förderung des Deutschlandbildes im Ausland gehört?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

23. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, nachdem das Gesetz über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler im Juli des Jahres 2000 ausläuft, für eine Anschlussregelung initiativ zu werden, und falls ja, welche Bestimmungen wird eine solche Anschlussregelung vor allem hinsichtlich des Anwendungsbereiches und einer zeitlichen Begrenzung enthalten?

24. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- In welcher Weise wird die Bundesregierung den 50. Jahrestag der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 sowie in diesem Zusammenhang die Verdienste der deutschen Heimatvertriebenen für den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und die Schaffung eines friedlichen Miteinanders der Völker in Europa würdigen?
25. Abgeordnete
Cornelia Pieper
(F.D.P.)
- Setzt sich die Bundesregierung für eine Teilnahme der Union der Gewerkschaften des öffentlichen Sektors (USSP) bei dem auf europäischer Ebene am 2. November 1999 in Helsinki stattfindenden Treffen der Generaldirektoren für den öffentlichen Dienst mit den europäischen Gewerkschaftsverbänden ein, und wenn dies nicht der Fall ist, aus welchen Gründen nicht?
26. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass der Bundesminister des Innern, Otto Schily, wie in der FAZ vom 27. Oktober 1999 berichtet, beklagt hat, es sei gegen die strafrechtlich bewährte Geheimhaltung der Beratungen des Bundessicherheitsrates mehrfach verstoßen worden, und welches ist die einschlägige Vorschrift des Strafgesetzbuches?
27. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, damit die zuständigen Strafverfolgungsbehörden solche Geheimhaltungsverstöße verfolgen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

28. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(F.D.P.)
- Welche Gründe sind dafür maßgeblich, dass Taxifahrten nur innerhalb einer Gemeinde oder bis zu einer Entfernung von 50 km mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 v. H. besteuert werden, und welche Auswirkungen hat dies für die praktische Durchführung der Besteuerung?

29. Abgeordneter
**Dr. Hermann
Otto
Solms**
(F.D.P.)
- Wie hoch ist der administrative Aufwand der Unterscheidung zwischen Taxifahrten, die mit dem ermäßigten Steuersatz einerseits und dem vollen Steuersatz andererseits besteuert werden, und welches Steuerermehraufkommen resultiert aus der Besteuerung der Fahrten außerhalb einer Gemeinde oder über eine Entfernung von 50 km hinaus mit dem vollen Umsatzsteuersatz?
30. Abgeordneter
**Hansgeorg
Hauser**
(Rednitz-
hembach)
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Steuerermehreinnahmen durch den Wegfall der Besteuerung von selbstgenutzten Zweifamilienhäusern seit dem 1. Januar 1999?
31. Abgeordneter
**Hansgeorg
Hauser**
(Rednitz-
hembach)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass die Neuregelung der sog. 630-DM-Jobs zu ca. 2 Millionen Freistellungsanträgen geführt hat und dass durch die Bearbeitung der Anträge Kosten für die Finanzverwaltung in Höhe von ca. 40 bis 75 DM pro Antrag und ca. 20 DM Bürokratiekosten für den Arbeitgeber entstehen?
32. Abgeordneter
**Ruprecht
Polenz**
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang enthält der Bundeshaushalt für 1999 Finanzmittel für die Türkei?
33. Abgeordneter
**Ruprecht
Polenz**
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang und wofür sind diese Finanzmittel bereits an die Türkei abgeflossen?
34. Abgeordnete
**Christine
Ostrowski**
(PDS)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem vom Bund der Steuerzahler vorgelegten Gutachten „Zuwendungen des Bundes 1999 – Das ungenutzte Einsparpotential“ insbesondere hinsichtlich des Vorschlags der Vorlage eines regelmäßigen Zuwendungsberichtes?
35. Abgeordnete
**Christine
Ostrowski**
(PDS)
- Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zum abschließenden Ergebnis eines Gutachtens der Baseler Prognos AG „Wirkungen staatlicher Bausparsförderung“, das dem Bundesministerium der Finanzen vorliegen soll und nach dem die Wirkungen

des Wohnungsbauprämiengesetzes als auch des Vermögensbildungsgesetzes in der Praxis die vom Gesetzgeber damit verknüpften Intentionen nicht erreichen und der Nutzen beider Fördermaßnahmen in Frage gestellt werden soll?

36. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Bartels
(SPD)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die Behauptung der Deutschen Post AG, dass „jene vier Politiker, die stellvertretend für 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland stehen“, die Christdemokraten Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl sowie der Liberale Theodor Heuss sind (vgl. Broschüre der Post, Geschäftsbereich Philatelie, zur Werbung für die „exklusiven“ Postsilbermedaillen „50 Jahre deutsche Geschichte“)?
37. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Bartels
(SPD)
- Wird die Bundesregierung über ihre Vertreter im Aufsichtsrat der Deutschen Post AG darauf hinwirken, das in dieser Broschüre dargestellte Geschichtsbild zu ergänzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

38. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Telearbeitsplätze in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr und in Unternehmen welcher Größenordnung werden diese verstärkt angeboten?
39. Abgeordneter
Wolfgang Zöllner
(CDU/CSU)
- Unter welchen Gesichtspunkten werden deutsche Firmen beim Wiederaufbau im Kosovo bei der Auftragsvergabe berücksichtigt bzw. welche Stellen sind für Ausschreibung und Vergabe zuständig?
40. Abgeordneter
Wolfgang Börnßen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Welche Probleme und volkswirtschaftliche Kosten können sich nach Einschätzung der Bundesregierung für private Haushalte und Unternehmen, die ihren Zugang zum Internet privat oder gewerblich nutzen, mit der Computer-Datenumstellung zum Jahreswechsel ins kommende Jahrtausend ergeben, und in wie vielen privaten Haushalten und Unter-

nehmen wird der Zugang zum Internet – gegliedert nach Bundesländern (private Haushalte, Unternehmen) – in Deutschland überhaupt in Anspruch genommen?

41. Abgeordneter
**Werner
Lensing**
(CDU/CSU)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass zwei deutsche Firmen CS-Gas-Granaten an die Türkei geliefert haben, die am 11. Mai dieses Jahres gegen die PKK in angeblich völkerrechtswidriger Weise eingesetzt worden sein sollen (ZDF-Sendung „Kennzeichen D“ vom 27. Oktober 1999), und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

42. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(F.D.P.)
- Trifft es zu, dass die Stelle des hauptamtlichen Jugendoffiziers in Frankfurt/Oder in der Praxis seit längerer Zeit nicht mehr besetzt ist bzw. wahrgenommen wird, und wenn ja, wann ist damit zu rechnen, dass hier Abhilfe geschaffen wird?
43. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Jugendoffiziere wichtige gesellschaftliche Entwicklungen und Trends kennen und nachvollziehen sollten, und wenn ja, bis wann beabsichtigt sie, zumindest die hauptamtlichen Jugendoffiziere der Bundeswehr mit einer internetfähigen Computerausstattung auszurüsten?
44. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass in jüngster Zeit die Anzahl von auslandsvwendungsunfähigen Bundeswehrärzten signifikant angestiegen ist?
45. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Welche Mittel sind für die Kriegsgräberfürsorge in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes vorgesehen, und plant die Bundeswehr Kürzungen bei der logistischen und personellen Unterstützung der Kriegsgräberfürsorge?

